

Offener Brief des Stadtelternbeirates Wiesbaden

Wiesbaden, den 18.02.2021

An:

Ministerpräsident Volker Bouffier MdL, Landesvorsitzender der CDU Hessen
Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Hessischer Kultusminister

Staatliches Schulamt, Frau Keck, Frau Schaetzke
Städtisches Schulamt, Herr Römer, Herr Lahr

Bildungspolitischer Sprecher Bündnis 90/die Grünen, Herr May
Bildungspolitischer Sprecher CDU, Herr Schwarz
Bildungspolitischer Sprecher FDP, Herr Promny
Bildungspolitische Sprecherin Linke, Frau Kula
Bildungspolitischer Sprecher SPD, Herr Degen

cc: Pressevertreter*innen

Sehr geehrte Damen und Herren,

viele Eltern mit schulpflichtigen Kindern blicken dieser Tage mit einer Mischung aus Hoffnungslosigkeit und Ungläubigkeit auf den bevorstehenden "Wechselunterricht", der es den Schüler*innen der Klassen 1-6 ab dem 22. Februar wieder ermöglichen soll, die Schule wenigstens teilweise wieder in Präsenz zu besuchen.

Angesichts der sehr heterogenen Voraussetzungen an den Grund- und weiterführenden Schulen haben Sie, die **Verantwortung für die Ausgestaltung dieses Modells komplett an die Schulen abgegeben**, da diese "ihre Möglichkeiten am besten kennen". So wahr diese Aussage von Ihrem Standpunkt aus sein mag, so sehr lässt sie die Eltern, insbesondere von Grundschulkindern, nun im Regen stehen.

Nach mittlerweile sieben Wochen, in denen sich viele Eltern zwischen Distanzlernen, Online-Konferenzen und zusammenbrechenden Servern sowie ihrem eigenen Job nahezu aufgegeben haben, (trotz "Kinderkrankentagen", die zum Teil an Arbeitgebern oder dem damit verbundenen Einkommensverlust scheitern) stehen viele fassungslos vor dem, was der "Wechselunterricht" ihnen nun zumutet, insbesondere wenn man mehr als ein schulpflichtiges Kind hat:

- Manche Schulen **bestellen die Kinder jeden Tag ein**, aber nur für 2 oder maximal 4 Schulstunden (dann hat das Kind bspw. von 8.20-9.50 Uhr Unterricht und eventuell darf es danach in die Notbetreuung, wenn Platz ist).
- Andere **wechseln tageweise**, wieder **andere wochenweise**.
- In manchen Schulen stehen **nicht ausreichend Räume oder Personal für die Notbetreuung** zur Verfügung, sodass dort die Kohortenbildung zum Teil unterlaufen werden muss oder Gruppen gemischt werden.

Dazu kommt: Die Präsenzstunden bilden 50 % von dem ab, was normalerweise unterrichtet würde. Und der Rest? Na, der passiert natürlich via "HOMESCHOOLING" / Heimarbeit / Hausaufgaben vom Umfang eines Killerwals! Faktisch stellt das eine **Verschlechterung für zahlreiche Eltern** dar - für Kinder wird die Verunsicherung dadurch noch größer: Sie dürfen zwar in die Schule, aber nur so ein bisschen, und am Nachmittag versuchen Mama oder Papa nach wie vor zu erklären, wie das kleine Einmaleins gerechnet wird oder wie man "Wal" richtig schreibt.

Die Horte und Betreuenden Grundschulen (BGS) müssen "normal" geöffnet sein, was dazu führen kann, dass beim Modell "Alle Kinder kommen alle Tage" eine BGS jeden Tag eine große Zahl an Kindern willkommen heißt und der daneben liegende Förderverein noch viele weitere Kinder. Abstand halten oder dafür zu sorgen, dass sich Gruppen nicht durchmischen, ist unter diesen Umständen, insbesondere auf den Fluren, nicht möglich.

Zwar gibt es eine **Notbetreuung**, diese gilt jedoch nur für bestimmte Personengruppen. Lobenswert ist, dass dieses Mal nicht die "Systemrelevanz" als alleiniger k.o.-Faktor bemüht wurde und die Maßstäbe weitgehend fair erscheinen.

Aber: Dadurch wird eine **Zwei-Klassen-Gesellschaft an den Schulen** etabliert - die Kinder, die in die Notbetreuung "dürfen", und die, die nicht dürfen. So hat eine im Mutterschutz befindliche Schwangere, die Zwillinge in der 1. Klasse hat, keinen Anspruch auf Notbetreuung, da sie ja gerade nicht arbeitet. Dass sie aber in ihrer Situation nur eingeschränkt belastbar ist und ohnehin zu einer besonders schützenswerten Personengruppe gehört, wird unterschlagen.

Nach einem Jahr Pandemie empfinden wir diese Situation als Zumutung.

Dabei geht es nicht darum, dass wir uns nicht einig darüber wären, dass Präsenzunterricht, gerade bei den Kleineren, definitiv immer zu begrüßen ist. **Aber der Preis dafür ist extrem hoch:**

- Eltern werden durch den Wechselunterricht noch **mehr** belastet.
- Die Kinder werden noch **stärker** verunsichert.
- Die **Lehrkräfte**, die die Verzweiflung und den Frust vieler Eltern "abbekommen", haben an der Situation keinerlei Schuld, sind allerdings die einzigen, die greifbar sind.
- Die eingerichteten **Notbetreuungen** sowie die regulären Betreuungseinrichtungen können zum Teil aufgrund räumlicher oder personeller Gegebenheiten nicht immer sicherstellen, dass bspw. die Kohortenbildung eingehalten werden kann (was aber dann alle Bemühungen der Eltern und Schulen während der letzten Wochen ad absurdum führt).

Wir fragen uns, inwieweit hier die Interessen und Bedürfnisse der Kinder und der Eltern gleichermaßen noch im Blick sind.

Dabei gibt es **Lösungsansätze:**

- Luftfilter für Klassenräume
- Schnelltests für Kinder und Lehrkräfte in bestimmten Intervallen, mindestens jedoch 2x pro Woche
- Mehr und größere Räumlichkeiten, die man eventuell nicht in der Schule selbst vorhalten muss
- Mehr Personal, auch in Form von Lehramtsstudierenden auf freiwilliger Basis

Wichtig ist ein qualitativ hochwertiger Unterricht unter diesen Bedingungen, damit Bildung nicht zwischen FFP2, Abständen und Kniebeugen (die Empfehlung gegen die Kälte beim Stoßlüften) auf der Strecke bleibt und die 'Bildungsschere' nicht noch weiter aufgeht.

Und um "abgehängte" Schüler*innen nicht weiter zu verlieren, ist eine Betreuungsgarantie für **ALLE Kinder**, die sie brauchen, notwendig - ohne Zwei-Klassen-Struktur.

Eltern und Kinder haben in den vergangenen Monaten wieder und wieder zurückgesteckt, verzichtet, sich zerrissen und sind nun an ihren Grenzen angelangt.

Es ist an der Zeit, dass das aufhört!

Und zwar so, dass die Bedürfnisse von Familien im Fokus stehen - und nicht nur am Rand.

Mit freundlichen Grüßen,

der Vorstand des Stadelternbeirates Wiesbaden

tel. 0160-8550958, info@steb-wiesbaden.de